

LANDWIRTSCHAFT

BN FORDERT MEHR GELD FÜR UMWELTLEISTUNGEN DER LANDWIRTE

Anlässlich der Agrarministerkonferenz in Berchtesgaden erneuert der Bund Naturschutz seine Forderung nach einer sozial und ökologisch gerechteren Landwirtschaftspolitik

Bei der heutigen Verhandlung der Länder-Agrarminister geht es auch um die Nutzung der finanziellen Entscheidungsspielräume, die die Bundesregierung zur Umsetzung der EU Agrarreform in Deutschland hat. „Geldmittel für Umweltprogramme dürfen nicht gekürzt, sondern müssen erhöht werden“, so Richard Mergner, BN Landesbeauftragter. Die Agrarminister haben die Möglichkeit zu beschließen, dass 15% der Finanzmittel aus den Direktzahlungen (derzeit ca. 300€/Hektar) für klar definierte Agrarumweltmaßnahmen in die sog. 2. Säule der Agrarförderung umgeleitet werden. „Dann profitieren bäuerliche Betriebe, die ganz konkrete Umweltleistungen erbringen, intensiv wirtschaftende Landwirte bekommen weniger. In diese Richtung müssen die Zahlungen in Zukunft umstrukturiert werden, statt mit der Gießkanne Gelder an alle zu verteilen“, so Mergner.

Der BN fordert auch, dass die „Greeningmaßnahmen“ nicht verwässert werden, sondern dass sie so ausgestaltet werden, dass das Blühangebot in der Agrarlandschaft wieder erhöht wird. „Dies ist überfällig“, so Marion Ruppenner, BN Agrarreferentin „damit auch künftig das Trällern der Feldlerche ertönt und Bienenvölker Honig aus Nektar und Pollen, und nicht aus zugefüttertem Zucker erzeugen können.“

Für Rückfragen: Marion Ruppenner
Landwirtschaftsreferentin, Tel. 0911/81 87 8-21/20
E-Mail: marion.ruppenner@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, Berchtesgaden,
11. April 2013
PM 037-13/LFG